

# DEUTSCHLAND=UNION=DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postfachkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 27, 3. Jhrg. (0) Frankfurt/Main, 9.2.1949.

Seite 1

Die Information des Tages

=====

## Wohnungsbau

Die CDU-Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen hat im Landtag einen Antrag eingereicht, durch den die Regierung beauftragt wird, zweckentfremdeten Werk-, Wohn- und Betriebsraum der Landwirtschaft seiner Bestimmung wieder zuzuführen und die Erstellung neuen Wohnraumes für landwirtschaftliche Arbeitskräfte zu fördern.

## Wirtschaftspolitik

Die CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen hatte unlängst die Auflösung der Bezirkswirtschaftsämler beantragt. Der Wirtschaftsausschuss hat nunmehr diesem Antrag zugestimmt und beschlossen, dass die Auflösung spätestens bis zum 31. März 1949 erfolgen soll. Nach diesem Stichtag erledigen sie nur noch Abwicklungsarbeiten.

Im Landtag von Rheinland-Pfalz hat die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht, der zur Förderung des Wiederaufbaues des reblausverseuchten Weinbaues für jeden Landwirtschaftskammerbezirk die Gründung einer Reblausklasse vorsieht. Ausserdem ist an die Gründung von Weinbergsaufbaugenossenschaften gedacht.

## Personelles

Von zuständiger britischer Seite wurde dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, mitgeteilt, dass dem Ersuchen des Parlamentarischen Rates auf Aussetzung der Strafe gegen Max Reimann nicht entsprochen werden könne, da Reimanns Zugehörigkeit zum Parlamentarischen Rat keine Immunität vor den Gesetzen der Militärregierung bedeute.

## Sozialpolitik

Als Nachfolger der früheren Christlichen Gewerkschaften hat der "Unabhängige Arbeitnehmerverband" Mitte Januar die Lizenz für Niedersachsen erhalten. Der Verband will eine vom marxistischen Einfluss unabhängige Gewerkschaft schaffen. Er wendet sich dabei insbesondere an die noch nicht organisierten Arbeitnehmer, die in den Westzonen etwa zwei Drittel der gesamten Arbeitnehmerschaft betragen. Erster Landesvorsitzender von Niedersachsen ist der frühere christliche Gewerkschaftssekretär Karl Unruh, Bückeberg.

ODU-Abgeordnete haben im Landtag von Nordrhein-Westfalen die Regierung um Auskunft darüber ersucht, wieviele Rentenanträge von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bei den Landesversicherungsanstalten noch unerledigt sind und welche Massnahmen getroffen wurden, um eine ordnungsmässige Erledigung der Anträge sicherzustellen.

## Tagung der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft

=====

Vorstand und Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands nahmen auf einer Tagung in Bad Reichenhall, zu der Vertreter aus Berlin und den drei Westzonen erschienen waren, zu den Gegenwartsfragen der kommunalen Selbstverwaltung Stellung. Stadtrat Dr. Hamm, München, umriss in seinem Referat über Wohlfahrtsleistungen und Lastenausgleich die ganze Problematik, die sich aus der Flüchtlingsfrage und aus den sozialen Spannungen unserer Tage ergibt. Er kennzeichnete das Lastenausgleichsgesetz als ein Kollektivgesetz, das das soziale Gewissen beschwichtigen soll und das sich anmaße, das Schicksal zu korrigieren. Da das Gesetz sich allein auf die Sicherung des einfachen Lebensunterhalts beschränke, ohne die anderen Lebensbedürfnisse zu berücksichtigen, erhebe sich die Frage, ob die Ablösung der Wohlfahrtsunterstützung durch eine Staatsrente überhaupt notwendig war. Für die Gemeinden ergebe sich aus dieser Rechtslage die zwingende Notwendigkeit, ihre wohlfahrtspflegerische Betreuung stärker als bisher auf die Sachwertunterstützung abzustellen. Entgegen dieser Auffassung wurde in der Aussprache vor allem die Notwendigkeit des Arbeitseinsatzes unterstrichen. Stadtrat Dr. Hagen, Karlsruhe, berichtete über die vielseitigen Möglichkeiten kommunaler Zusammenarbeit, in die er nicht nur die verstärkte Heranziehung ehrenamtlicher Mitarbeiter und die Pflege lebendiger Beziehungen zur Bürgerschaft, sondern auch die Koordinierung der in den kommunalen Spitzenverbänden zusammengefassten Kräfte einbezog. Prof. Landsberg, Berlin, formulierte die Forderungen der Gemeinden im Hinblick auf das kommende Bundes-Grundgesetz. Die Verbundenheit mit Berlin und dem deutschen Osten brachte der bayerische Innenminister Anker Müller zum Ausdruck, der darauf hinwies, dass nicht der Marshallplan allein, sondern das Bekenntnis zur Grundidee der christlichen Weltanschauung dem Bolschewismus einen wirksamen Damm entgegenzusetzen vermöge. Die Beratungen gipfelten in einem Referat von Bürgermeister Dr. Schwering, Köln, über die christliche Kommunalpolitik als Klammer abendländischer Kultur, wobei nicht nur die ethischen Verpflichtungen des Kommunalpolitikers im Raume der praktischen Arbeit, sondern auch die vielseitigen Möglichkeiten einer von gemeinsamen Ideen getragenen überstaatlichen Zusammenarbeit hervorgehoben wurde. Die von der Arbeitsgemeinschaft erarbeiteten Leitsätze zur Kommunalpolitik der CDU/CSU wurden der nächsten Tagung zur Verabschiedung überwiesen.

Die Tagung richtete an den Parlamentarischen Rat in Bonn folgende

E n t s c h l i e s s u n g

1. Verfassung und Selbstverwaltung der deutschen Gemeinden sind - unbeschadet übereinstimmender Grundsätze in den Kernfragen - auf der Grundlage der geschichtlichen Entwicklung und der landsmannschaftlichen Verschiedenheiten zu gestalten.
2. Der Aufbau der Selbstverwaltung der Stadtgemeinden und der Landgemeinden ist nach unterschiedlichen Grundsätzen zu errichten.
3. Inhalt und Begrenzung der kommunalpolitischen Tätigkeit ist der Grundsatz der Allzuständigkeit der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze und der Staatsaufsicht. Das bedeutet, dass die Gemeinden das Recht und die Pflicht haben, sämtliche Aufgaben zu erledigen, die dem örtlichen Bedürfnis entspringen und nicht durch Gesetz einer anderen Stelle überwiesen sind.
4. Verwaltungsaufgaben sind in die unterste Verwaltungsinstanz zu verlagern, die möglich unvertretbar sind. Die Allzuständigkeit der Gemeinden ist sinnvoll zu ergänzen durch die Subsidiarität der Gemeinde-

verbände. Sie werden grundsätzlich erst dort tätig, wo die Verwaltungskraft der vorgelagerten Gemeinden ihre Grenzen findet.

5. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist in der Kommunalverwaltung in grossem Umfang in den Organen anzustellen.

6. Aus Gründen der Stetigkeit der kommunalen Verwaltung wird die Übertragung des parlamentarischen Prinzips auf die kommunale Verwaltung abgelehnt. - Nicht die Möglichkeit eines Misstrauensvotums.

7. Die Amtsdauer der besoldeten Wahl-Beamten soll mindestens sechs Jahre betragen.

8. Die Wirtschaftspolitik der Gemeinden hat sich auf die Wahrnehmung der allgemein wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zu beschränken. Es ist nicht ihre Aufgabe, selbst wirtschaftlich tätig zu sein oder gar Konzernbetriebe zu führen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, eigene kommunale Bedürfnisse oder umfassende Versorgungsaufgaben gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen.

9. Es ist notwendig, den Gemeinden eigene Steuerquellen zu erschliessen.

### Berlin als Bundesland

=====

In verschiedenen Berichten ist die Reise des Berliner Oberbürgermeisters Reuter im Zusammenhang gebracht worden mit dem Bonner Beschluss Berlin als zwölftes Land in das Bundesgebiet einzugliedern. Demgegenüber ist festzustellen, dass alle Berliner Abgeordneten in Bonn und insbesondere auch Jakob Kaiser für die Mitgliedschaft Berlins eintreten, und dass vor Wochen die Fraktion der CDU/CSU einen einstimmigen Beschluss in dieser Richtung gefasst hat. Daraufhin hat der Abgeordnete Kaufmann der CDU in Verbindung mit Innenminister Menzel von Nordrhein-Westfalen angenommen und einen entsprechenden Antrag formuliert. Der Antrag wird, nachdem er auch im Fünfer-Rat Zustimmung fand, im Hauptausschuss am nächsten Dienstag formell angenommen werden. Wie verlautet, wird dazu Präsident Dr. Adenauer eine Erklärung abgeben und die Bedeutung des Antrages entsprechend unterstreichen.

-----

Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt/Main, Bettinastr. 64  
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065  
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt/Main II/49/600  
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.

-----